



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband für Inkasso und Forderungsmanagement e.V. (BFIF e.V.)

Aktuell seit 10.06.2023 12:52:31

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004184
Ersteintrag:	13.04.2022
Letzte Änderung:	10.06.2023
Jährliche Aktualisierung:	10.06.2023
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Westhafenplatz 1 60327 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +4969153227510 E-Mail-Adressen: post@bfif.de Webseiten: https://www.bfif.de

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22
20.001 bis 30.000 Euro

Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:

0

Vertretungsberechtigte Person(en):

- 1. Patric Weilacher**
Funktion: 1. Vorsitzender

Telefonnummer: +4969153227510

E-Mail-Adressen:

post@bfif.de

Beschäftigte, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (0)

Zahl der Mitglieder:

169 Mitglieder am 12.02.2022

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird selbst betrieben

Beschreibung der Tätigkeit:

Vertretung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen und Anliegen von Inkassounternehmen und anderen BFIF e. V. Mitgliedern ausartverwandten Berufsständen. Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung von BFIF e. V. Mitgliedern. Mitwirkung und Begutachtung bei Registrierungs- und Zulassungsanträgen nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) und der Rechtsdienstleistungsverordnung (RDV). Bekämpfung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung / Rechtsdienstleistung und des unlauteren Wettbewerbs. Förderung von Gesetzgebung und Rechtspflege im Interesse der Verbandsmitglieder.

Angabe konkreter Gesetzesvorhaben (15):

1. Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der EU-Verordnungen über grenzüberschreitende Zustellungen und grenzüberschreitende Beweisaufnahmen in Zivil- oder Handelssachen, zur Änderung der Zivilrechtshilfe, des Vormundschafts- und Betreuungsrechts sowie sonstiger Vorschriften
2. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt
3. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern vor Gewalt sowie zur Änderung weiterer zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften
4. Entwurf eines Gesetzes zur europäischen Vernetzung der Transparenzregister und zur Umsetzung der Richtlinie 2019/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Nutzung von Finanzinformationen für die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen schweren Straftaten
5. Entwurf eines Gesetzes für faire Verbraucherverträge
6. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Berufsrechts der anwaltlichen und steuerberatenden Berufsausübungsgesellschaften sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe

7. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt
8. Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Justizkosten- und des Rechtsanwaltsvergütungsrechts (Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 - KostRÄG 2021)
9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen
10. Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Rechtes des Pfändungsschutzkontos und zur Änderung von Vorschriften des Pfändungsschutzes
11. Evaluierung des Gesetzes zur Reform des Kontopfändungsschutzes
12. Gesetzes zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe
13. Gesetz zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht und zur Änderung weiterer Vorschriften
14. Entwurf eines Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken
15. Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Haager Übereinkommens vom 2. Juli 1919 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zur Änderung der Zivilprozessordnung

Auftraggeberinnen und Auftraggeber (0)

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 20.000 Euro erhalten.

Schenkungen Dritter

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Keine Schenkungen über 20.000 Euro erhalten.

Jahresabschlüsse/Rechenschaftsberichte

Es bestehen handelsrechtliche Offenlegungspflichten:

Nein

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht liegt vor:

Nein

